

**Protokoll
über die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am
22.10.2015**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2 - 6
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Schulte, Bernd entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Rudolf, Gert entsandt durch CDU-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Bandlow, André entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haacker, Frank entsandt durch CDU-Fraktion
Lerche, Dirk entsandt durch ZG AfD
Mecklenburg, Frank entsandt durch SPD-Fraktion
Steinmüller, Rolf entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

beratende Mitglieder

Walther, Manfred entsandt durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Boneß, Brigga
Corbie, Birgit
Diessner, Barbara
Ferchland, Axel
Gersuny, Olaf
Hoch, Kerstin
Kutzner, Torsten
Riemer, Daniel
Smerdka, Bernd-Rolf Dr.

Gäste

Bartsch, Ulrich

Wilczek, Ilka

Leitung: Bernd Schulte

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung von Sitzungsniederschriften

- 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung vom 24.09..2015 (öffentlicher Teil)

- 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 21. Sitzung vom 15.10.2015 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung zum Berichtswesen

- 4.1. Beratung zu den Anforderungen an das Berichtswesen und zu den wesentlichen Produkten

- 4.2. Bericht über die Ergebnis- und Finanzrechnung 31.08.2015
Vorlage: 00494/2015

5. Beratung von Anträgen

- 5.1. Änderung der Hausmüllentsorgungssatzung
Vorlage: 00473/2015

6. Beratung von Beschlussvorlagen
 - 6.1. Einführung der Ehrenamtskarte
Vorlage: 00496/2015
 - 6.2. 2. Änderungssatzung der Satzung der Landeshauptstadt Schwerin über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes Schweriner See/ Obere Sude
Vorlage: 00468/2015
 - 6.3. Jahresabschluss 2014 - ZGM, Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemangement
Vorlage: 00486/2015
 - 6.4. Außerplanmäßige Auszahlungen zur Abgeltung von Zahlungsverpflichtungen aus Grabnutzungsentgelten
Vorlage: 00492/2015
 - 6.5. Änderung der Parkgebührenordnung der Landeshauptstadt Schwerin für das Parken auf öffentlichen Verkehrsflächen
Vorlage: 00236/2015
7. Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen
 - 7.1. Information über die Aufstellung der Eröffnungsbilanz
Vorlage: 00481/2015
8. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

zu 2 Bestätigung von Sitzungsniederschriften

zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung vom 24.09..2015 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Herr Walter verweist auf den TOP 5.8 im Protokoll und erklärt, dass folgender Satz nicht richtig protokolliert wurde: „Herr Walter fügt an, dass in den Satzungen die männliche Form gewählt wurde und schlägt folgende Ergänzung vor“

Richtig muss es heißen:

„Herr Walter fügt an, dass in den Satzungen die männliche und weibliche Form gewählt wurde und schlägt folgende Ergänzung vor“.

Über das geänderte Protokoll wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 21. Sitzung vom 15.10.2015 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Herr Mecklenburg vermisst im Protokoll seinen Hinweis bei der Beratung zum Wirtschaftsplan der WGS. Zu den Ausführungen von Herrn Köchig zum geplanten Verkauf von ca. 1000 Wohnungen hatte Herr Mecklenburg hingewiesen, im Rahmen der Flüchtlingsproblematik nicht über einen Verkauf der Wohnungen nachzudenken und wenn ein Verkauf geplant sei, die Stadtvertretung bei der Entscheidung mit einzubeziehen.

Die Ausschussmitglieder stimmen über das geänderte Protokoll ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Es gibt keine gesonderten Informationen der Verwaltung.

zu 4 Beratung zum Berichtswesen

zu 4.1 Beratung zu den Anforderungen an das Berichtswesen und zu den wesentlichen Produkten

Bemerkungen:

In der Diskussion zu den wesentlichen Produkten verweist Herr Mecklenburg darauf, dass die Verwaltung im Hpl Entwurf 2016 vorschlägt, u.a. das wesentliche Produkt 11110 Integration zu streichen. Auf Grund der aktuellen Lage sollte das Produkt bestehen bleiben, erklärt Herr Mecklenburg, allerdings unter anderen Bedingungen.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ein „virtuelles“ wesentliches Produkt Integration zu bilden, indem alle Kosten im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Flüchtlingssituation einfließen sollen.

Herr Bandlow bittet die Verwaltung für die kommenden Präsentationen zum Hpl Entwurf 2016 mit den Ausführungen zu den wesentlichen Produkten zu beginnen und so auch mit den Erfüllungsberichten zu verfahren. Gleichzeitig informiert er darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Vorschläge für die Bildung von neuen wesentlichen Produkten bringen werde.

Bezug nehmend auf den Bericht zum 31.08.2015 sagt Herr Steinmüller, dass ihm die Bewertung nur der wesentlichen Produkte nicht ausreichend erscheint. Er bittet, den gesamten Teilhaushalt zu betrachten. In diesem Zusammenhang bittet Herr Schulte sowohl die Verwaltung als auch die anwesenden Ausschussmitglieder um Prüfung der Bildung von neuen wesentlichen Produkten, bei denen Steuerungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Schulte bittet die Verwaltung in den Haushaltsberatungen, insbesondere bei den wesentlichen Produkten zu erklären, mit welchen Maßnahmen die gestellten Ziele erreichen werden sollen und bei einer negativen Entwicklung nicht nur darauf hinzuweisen, sondern auch darzustellen, welche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden, um das gestellte Ziel zu erreichen.

zu 4.2 Bericht über die Ergebnis- und Finanzrechnung 31.08.2015 Vorlage: 00494/2015

Bemerkungen:

Herr Gersuny erklärt, dass es nicht sicher sei, das Konsolidierungsziel 2015 zu erreichen. Aus diesem Grund wird zur Hauptausschusssitzung am 27.10.2015 eine Beschlussvorlage zur haushaltswirtschaftlichen Sperre vorgelegt. Ziel soll sein, das Konsolidierungsziel zu erreichen und somit auch die Konsolidierungshilfe zu erhalten. Auf Nachfrage erklärt Herr Gersuny, dass nach der Genehmigung und Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2015 eine technische Bewirtschaftungseinschränkung in Höhe von 90% auf den gesamten

Haushalt verfügt worden ist. ausgenommen die Personalkosten und Abschreibungsaufwendungen. Die Vorlage zur Haushaltswirtschaftlichen Sperre weist zusätzlich Produktsachkonten aus, bei denen konkrete Hpl Ansätze 2015 gesperrt werden sollen.

Beschluss:

Der vorgelegte Bericht wird durch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

zu 5 Beratung von Anträgen

**zu 5.1 Änderung der Hausmüllentsorgungssatzung
Vorlage: 00473/2015**

Bemerkungen:

Nach kurzer Beratung und der Beantwortung der Fragen durch Frau Wilczek wird der Antrag votiert.

Beschluss: abgelehnt

§ 15 Absatz 5 der Hausmüllentsorgungssatzung wird wie folgt neu gefasst:
"Für vorübergehend mehr anfallende Gartenabfälle und für Laub können zusätzlich zu den Biotonnen Biosäcke genutzt werden. **Dies gilt auch für Grundstücke, bei denen keine Biotonne abgeholt wird.** Es dürfen pro Grundstück (**gestrichen: und Biotonne**) maximal 5 Biosäcke, in den Monaten September bis November maximal 10 Biosäcke, je Entsorgungstour bereitgestellt werden. Als Biosäcke dürfen nur die von der Stadt zugelassen Papiersäcke mit einem Fassungsvermögen von 100 Litern Inhalt verwendet werden. Biosäcke werden nur eingesammelt, wenn sie am Entleerungstag (Abs. 3) geordnet bereitgestellt werden und ein Gewicht von 20 kg nicht überschreiten. § 13 Abs. 3 gilt entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	0

zu 6 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Einführung der Ehrenamtskarte
Vorlage: 00496/2015**

Bemerkungen:

Frau Diessner erläutert, dass die StV am 15.12.2014 die Oberbürgermeisterin

beauftragte, die Voraussetzungen für eine Ehrenamts-Card zu schaffen. Diesen Auftrag hat die Verwaltung in Form der Beschlussvorlage umgesetzt.

Diskutiert wird u.a. über mögliche Ertragsverluste, fehlende finanzielle Untersetzung der Maßnahme u.ä..

Im Ergebnis der Beratung gibt es Einigkeit dahingehend, dass der Finanzausschuss über die Vorlage abstimmt, weil nach Ausführungen von Frau Diessner pro Jahr ca 40 -50 Schweriner Bürgerinnen und Bürger ausgezeichnet werden und somit die finanziellen Auswirkungen überschaubar sind.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Einführung einer Ehrenamtskarte für die Landeshauptstadt Schwerin. Die Ehrenamtskarte gilt erstmals für das Jahr 2016.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadtvertretung ab 2017 einen Sponsorenpool für die Ehrenamtskarte zu bilden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

**zu 6.2 2. Änderungssatzung der Satzung der Landeshauptstadt Schwerin über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes Schweriner See/ Obere Sude
Vorlage: 00468/2015**

Bemerkungen:

Frau Weikinn, Leiterin des Sachgebietes Abteilung Steuern und Abgaben, verweist auf die Beschlussvorlage und erklärt, dass für das Haushaltsjahr 2015 der Wasser- und Bodenverband Schweriner See/Obere Sude für die Gewässerunterhaltung gegenüber der Stadt Schwerin einen um 60 T€ höheren Beitrag gegenüber dem Vorjahr festgelegt habe. Dies mache es erforderlich, die Satzungsänderung zu beschließen.

Auf die Frage nach Alternativen verweist sie anschließend auf das beiliegende Schreiben, deren Beantwortung aus der Hauptausschusssitzung vom 29.09.2015 resultiert. Sie stellt darin den verhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand und die entstehenden Kosten dar und verweist gleichzeitig auf die unter Punkt 6 vorgeschlagene Alternative.

Auf Nachfrage erklärt Frau Weikinn, dass Widerspruch gegen den Bescheid des Wasser- und Bodenverbandes erhoben wurde und ein Widerspruchsbescheid noch nicht vorliege.

Im Ergebnis der Beratung gibt es Einigkeit dahingehend, über die Vorlage in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu votieren, sondern die Vorlage in den Fraktionen erst noch zu beraten.

Die Vorlage wird in der FiA Sitzung am 05.11.2015 als Wiedervorlage auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

**zu 6.3 Jahresabschluss 2014 - ZGM, Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: 00486/2015**

Bemerkungen:

Auf Nachfrage erklärt Herr Bartsch, dass sich der Jahresüberschuss in Höhe von 437 T€ zusammen setzt aus

- Außerplanmäßigen Abschreibungen für 2 Kita Gebäude (Gagarin Straße und Pecser Straße)
- - 300 T€ geringere städtische Haushaltsmittel
- + 700 T€ nicht geplante Erträge aus Energieeinsparungen

Nach kurzer Beratung wird über die Vorlage votiert.

Beschluss:

1. Der vorgelegte Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 wird festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt
3. Den Mitgliedern des Betriebsausschusses wird Entlastung erteilt
4. Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes ZGM wird mit einem Betrag von 437 T€ an die Landeshauptstadt Schwerin ausgeschüttet.
5. Der Jahresverlust der Sparte KiGeb in Höhe von 427 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

**zu 6.4 Außerplanmäßige Auszahlungen zur Abgeltung von
Zahlungsverpflichtungen aus Grabnutzungsentgelten
Vorlage: 00492/2015**

Bemerkungen:

Nach Erklärungen von Herrn Kutzner und kurzer Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt außerplanmäßige Auszahlungen zur Abgeltung von Zahlungsverpflichtungen aus Grabnutzungsentgelten in Höhe von 576.587,41 Eu

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

**zu 6.5 Änderung der Parkgebührenordnung der Landeshauptstadt Schwerin für das Parken auf öffentlichen Verkehrsflächen
Vorlage: 00236/2015**

Bemerkungen:

Herr Dr. Smerdka erklärt die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Rudolph fügt an, dass im Verhältnis zur Erhöhung der einzelnen Gebühren die geplante Ertragserhöhung um 41 T€ sehr gering erscheint und die Verwaltung wohl sehr vorsichtig gerechnet habe.

Herr Dr. Smerdka bestätigt dies und erklärt, dass möglicherweise aufgrund der Erhöhung der Gebühren nach Ausweichparkplätzen gesucht werde und somit eine „Plangröße“ sehr schwierig zu benennen sei.

Die Ausschussmitglieder bitten um folgende Unterlagen:

- Auflisten der Standorte, die eine Brötchentaste haben,
- Auswirkungen der Erhöhung der Gebühren für Wismar und vergleichbar gleich große Städte nennen,
- Gebührensätze von anderen vergleichbaren großen Städten auflisten,

Im Ergebnis der Beratung gibt es Einigkeit dahingehend, über die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu votieren, sondern sie in die Fraktionen in die Beratung zu verweisen.

Die Vorlage sollte spätestens am 26.11.2015 auf die TO des Finanzausschusses genommen werden, da sie für die Stadtvertretung am 07.12.2015 vorgesehen ist.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 7 Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Information über die Aufstellung der Eröffnungsbilanz
Vorlage: 00481/2015**

Bemerkungen:

Herr Riemer informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Bilanz derzeit zur Prüfung im RPA vorliege. Das RPA prüft das Gesamtwerk mit dem Ziel, einen Beschlussvorschlag der Stadtvertretung im Februar vorlegen zu können.

Auf Nachfrage erklärt Herr Riemer, dass das Innenministerium die Bilanz nicht genehmigen muss.

Beschluss:

Die Stadtvertretung nimmt die Information zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz

zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

zu 8

Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Schulte weist darauf hin, dass die Beantwortung der Nachfrage zur Beschlussvorlage 00290/2015 als Dokument eingestellt ist. In der 15. FiA Sitzung am 16.04.2015 wurde die Beschlussvorlage beraten und votiert und die Verwaltung um die Nachreichung der Beantwortung der gestellten Fragen gebeten.

gez. Bernd Schulte

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer/in